



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 14. Januar 2025

Fristgerechte Beantwortung von Anfragen

Zur Ortsbeiratssitzung am 25. September 2024 sieht die Geschäftsordnung vor, dass Anfragen, die zum 17. September um 10 Uhr der Verwaltung vorlagen, in der Sitzung schriftlich beantwortet werden. Für den Fall, dass das nicht möglich ist, sollen die Anfragen in der folgenden Sitzung beantwortet werden (in diesem Fall wäre das die Sitzung am 13. November 2024 gewesen). Bei vier Anfragen verstrich auch diese Frist ohne Beantwortung: 1293/2024 (Kulturhaus), 1298/2024 (Rheinstraße 19), 1299/2024 (Umfeld Eisgrubschule), 1308/2024 („Zu verschenken“). Bis heute (03.01.25) liegt nach mehr als 100 Tagen nach Einreichung auf diese Anfragen noch keine Antwort vor.

Wir fragen die Verwaltung:

1. a) In welchem Bearbeitungsstand waren die Anfragen 1293/2024, 1298/2024, 1299/2024 und 1308/2024 am Tag der September-Sitzung? Zu welchen Fragen dieser Anfragen waren zu diesem Zeitpunkt noch welche Recherchen seitens der Verwaltung nicht erledigt?

b) Welche Fortschritte in der Beantwortung konnten bis zum 25. Oktober, 25. November und bis zu den Weihnachtsfeiertagen jeweils verzeichnet werden? Wie ist der Stand der Recherchen heute? Von welchen Ämtern stehen welche Stellungnahmen noch aus?
BITTE DIE FRAGEN 1a UND 1b JEWEILS SEPARAT NACH DEN JEWEILIGEN ANFRAGEN BEANTWORTEN!
2. Wie kommt es, dass die Verwaltung gegenüber der ADD feststellen kann, dass auf den Erwerb des Hauses der Kultur in der Fuststraße verzichtet wird, aber gegenüber dem zuständigen Ortsbeirat diese Information zur Beantwortung von Anfrage 1293/2024 nach über drei Monaten immer noch nicht geben kann? Was sagt das über die Prioritätensetzung der Verwaltung hinsichtlich zeitnaher Einbindung der städtischen Gremien und der Mainzer BürgerInnen in Planungen wichtiger Bauprojekte aus? Teilt die Verwaltung die sehr naheliegende Schlussfolgerung der Fragestellerin, dass Gremien und Öffentlichkeit verglichen mit der ADD eher „stiefmütterlich“ und viel zu spät mit Informationen versorgt werden? Und ebenso die Schlussfolgerung, dass dies keine wünschenswerte Transparenz und Diskussionskultur ermöglicht? Falls nein, wieso nicht? Falls ja, wie gedenkt die Verwaltung hier Abhilfe zu schaffen?

Renate Ammann
Bündnis 90/DIE GRÜNEN